

**3. KB-Kongreß ● 14./15. Januar 1989**

**Materialien  
und  
Rechenschaftsberichte**

**Ausgabe für Gäste**

**Kommunistischer Bund**  
Lindenallee 4 · 2000 Hamburg 20

## Inhalt

### A) Rechenschaftsberichte:

I. Abschied von der Kriegsgefahr? .....	S. 2
II. Innenpolitische Bilanz seit 1982 .....	S. 8
III. Die Entwicklung der Linken seit 1980 .....	S. 15

(Die Teile I und III werden der Tendenz nach von der Leitung gemeinsam getragen, der Teil II zur Innenpolitik nicht, da er den bekannten und ungeklärten Konflikt zu unserer Faschisierungsthese aus der Sicht eines der beteiligten Kontrahenten enthält).

- Interzelle Hamburg: Internationalismusarbeit seit 1982 ..... S. 25
- B&G-Kommission: Bericht Teil I ..... S. 28

### B) Dokumente

- Thesen zur Perspektive des „Arbeiterkampf“ (Resolution KB-Kongreß 1982) ..... S. 37
- Das Verhältnis des KB zu den Grünen  
(Drei Papiere nach dem Saarbrücker Grünen-Parteitag 1980) ..... S. 41
- Bundestagswahl und „alternative Bewegung“ (Resolution a.o. KB-Kongreß 1980) . S. 46
- Thesen zur Perspektive der Grünen Partei (1980) ..... S. 48
- Betrifft: Zusammenführung sozialistischer Kräfte (1985) ..... S. 51
- Krise der Linken — Krise des Marxismus (KB-Kongreß 1980) ..... S. 56

### C) Anhang

- KB-Organisationsstatut (1980) ..... S. 60
- KB-Frauenstatut ..... S. 62

### Anmeldung:

KB · Lindenallee 4 · 2000 Hamburg 20 · Tel. 040 / 43 54 20

# Einladung zum 3. KB-Kongreß

14. und 15. Januar 1989

Hamburg, Martin-Luther-King-Haus  
Grindelallee 9

Vorschlag für die Tagesordnung:

### Samstag 14. Januar

Beginn: 12 Uhr

(Für Gäste öffentlich)

- **Abschied von der Kriegsgefahr?** Die Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses, die Außenpolitik der Perestroika.
- **Aussprache** über die weiteren **Rechenschaftsberichte**
- **Aktuelles**

19 Uhr:

**KB-Frauenversammlung** (über die Öffentlichkeit der Versammlung muß entschieden werden)

parallel um 19 Uhr: Forum zur **Jugendpolitik**

Ab 21 Uhr: Fete

### Sonntag, 15. Januar

Beginn: 9.30 Uhr

(nichtöffentlicher Teil, sofern keine Überhänge vom Vortag)

- **Rechenschaftsberichte:** — **Organisationsentwicklung**  
— **Finanzen**
- **Neuwahl der Leitung des KB**

(Kongreßschluß: Sonntag, 16 Uhr)

Die Grüne Partei ist also unserer Einschätzung nach durchaus nicht das „Ei des Kolumbus“, als das sie in ihrer Gründungsphase (Winter 79/80) einem Teil der Linken erschien. Insgesamt scheint hier Ernüchterung eingetreten zu sein – was parallel auch der sinkende Stern Rudolf Bahros signalisiert. Wir halten deshalb die bisherige Politik mancher linker Grüner für sehr kurzfristig, zugunsten einer totalen Konfrontation auf die Grüne Partei den engeren Zusammenschluß der örtlichen bunten/alternativen Listen nicht nur zu vernachlässigen, sondern eindeutig zu boykottieren. Wir stellen aus eben diesem Grund auch die Praxis der linken Grünen in Frage, die ihre ganze politische Arbeitskraft und Erfahrung aufwenden, um die schlichte Entdeckung hinauszuzögern, daß die Grüne Partei als solche den Basisinitiativen und realen Bewegungen kaum etwas zu bieten hat.

Daß die Grüne Partei allerdings Teil (aber eben nicht Zentrum) des Prozesses der Herausbildung einer sozialistischen Partei in der BRD ist, ist kaum zu bestreiten. Insofern müßte es eine Aufgabe von Kommunisten sein, auch innerhalb der Grünen Partei diesen Prozeß voranzutreiben. Das bedeutet u.a. Forcierung der „historisch“ unvermeidlichen und notwendigen Trennung der Grünen Partei von ihren konservativen und reaktionären Elementen.

Der KB hat zwar niemals grundsätzlich gegen eine Mitarbeit in der Grünen Partei Stellung genommen – auch wenn von interessierter Seite zum 100. Mal das Gegenteil behauptet wird. Der KB hat sich aber bisher nur mit geringen Kräften und wenig Einsatz innerhalb der Grünen Partei engagiert. Seit dem Saarbrückener Parteitag ist diese Praxis Gegenstand interner und öffentlicher kontroverser Diskussionen im KB. Diese Diskussionen haben allerdings bisher ein explizites oder stillschweigendes Votum für die bisherige Praxis – also Mitarbeit nur in geringem Umfang – ergeben. Nach dem Dortmunder Parteitag wird diese Frage erneut auf ein explizites oder stillschweigendes Votum für die bisherige Praxis – also Mitarbeit nur in geringem Umfang – ergeben. Nach dem Dortmunder Parteitag wird diese Frage erneut auf der Tagesordnung stehen.

Zu diesem Papier: Es handelt sich um eine Vorlage des Kommunistischen Bundes für die nächste Ausgabe der gemeinsamen 'Beilage'. Diese erscheint unseres Wissens voraussichtlich im Mai oder Juni. In Absprache mit Vertreterinnen und Vertretern des BWK legen wir diesen Text vorzeitig bereits auf der DK des BWK als Diskussionsmaterial vor. Das beinhaltet auch die Option, auf Grund von Diskussionen mit Genossinnen/Genossen des BWK diese Vorlage vor Erscheinen in der 'Beilage' noch zu verändern, z.B. einzelne Punkte deutlicher herauszuarbeiten, Aspekte zu ergänzen, vielleicht auch Mißverständnisse zu korrigieren usw. Auch bezogen auf den KB selbst ist diese Text-Fassung als diskutierbarer Entwurf zu verstehen, der bis zum Erscheinen in der Beilage noch verändert werden könnte.

LG des KB

## Betrifft: Zusammenführung sozialistischer Kräfte

### Vorbemerkung: Das Definitionsproblem

Wird über linke Organisationen bzw. eine Auswahl (Teilmenge) linker Organisationen, als Kollektiv gesprochen, so stellt sich traditionell ein doppeltes Definitionsproblem ein: Welcher Oberbegriff paßt auf diese Summe, und wer gehört überhaupt dazu? Beide Fragen stehen selbstverständlich in einem logischen Verhältnis zueinander – wer beispielsweise den Oberbegriff „Marxisten-Leninisten“ wählt, hat zweifellos eine kleinere Zahl von Organisationen und Menschen im Sinn als ein anderer, der unter einem Oberbegriff wie „revolutionäre Sozialisten“ zusammenzufassen versucht. Andererseits bietet selbst ein sehr eng gewählter Oberbegriff wie in diesem Beispiel der „Marxisten-Leninisten“ noch keineswegs die Gewähr, daß darunter wenigstens alle das Gleiche verstehen und daß die Zugehörigkeit zu dieser Familie hinreichend eindeutig und unstrittig definiert ist: Eine denkbare Methode der Zuordnung könnte z.B. darin bestehen, alle Gruppen dieser Familie zuzuordnen, die selbst von sich behaupten, „Marxisten-Leninisten“ zu sein. Auf dem Gegenpol könnte man die Ansicht vertreten, daß es per Definition überhaupt nur eine Gruppe geben könne, auf die dieses Prädikat berechtigt anzuwenden ist. Zwischen diesen beiden Polen ist auch noch einiges möglich.

Das Beispiel läßt sich auch auf andere Varianten einer Oberbegriffs-Bildung übertragen. Abgrenzung und Zugehörigkeit zur Familie der „revolutionären Sozialisten“ beispielsweise sind ebenfalls alles andere als eindeutig definierbar. Nur daß in diesem Fall die Nennung sicher sehr viel größer ist, es im Zweifelsfall nicht so genau zu nehmen und die Sache lieber zu weit als zu eng aufzufassen.

Es würde, und nun werden wir endlich mal konkret, wahrscheinlich keine großen Widerstände geben, in den seit längerem operierenden Arbeitszusammenhang mehrerer Organisationen „revolutionärer Sozialisten“, die sich um die 'Beilage' zu ihren Zeitschriften und um die 'Volksfront' gruppiert haben, auch den KB, die GIM und die MLPD zu kooperieren, falls von deren Seite Interesse an einer Integration

angemeldet würde. Es handelt sich (innerhalb ungefähr erkennbarer Grenzen nach rechts) um eine recht offene JeKaMi-Gesellschaft („Jeder kann mitmachen“). Schwierig wäre es sicher, wenn sich die DKP als Interessentin anmelden würde, was selbstverständlich nicht geschehen wird, sodaß dies vordergründig als ein nur abstraktes Problem abgetan werden könnte. Es ist darum aber als Problem noch nicht aus der Welt, denn daß die DKP ihrerseits absolut desinteressiert ist, braucht niemanden zu hindern, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß zu den „revolutionären Sozialisten“ die DKP eigentlich zugehören würde und daß man sich folglich ein bißchen um sie bemühen sollte.

Man müßte, wenn man dies von vornherein ausschließt, erst einmal die Begriffe „revolutionär“ und „Sozialisten“ klären. Was soll beispielsweise an der GIM (mit der die KPD sogar schon über einen organisatorischen Zusammenschluß verhandelt) revolutionär sein als an der DKP? Ist die GIM nicht eher eine reformistische Gruppierung, die sich zudem in Fragen der praktischen Taktik häufig im Schlepptau der SPD bewegt? (vgl. etwa ihre Forderungen an die GRÜNEN zur bedingungslosen Unterstützung von SPD-Regierungen). Und ist es nicht so, daß „revolutionär“ von manchen „revolutionären Sozialisten“ nur noch mit „nicht-revisionistisch“ und dies wiederum ganz schlicht mit „nicht DKP“ gleichgesetzt wird? Hier stellt sich gleich die nächste Frage: Was bedeutet beim gegenwärtigen Stand der „revolutionären Sozialisten“ überhaupt noch die Formel „revisionistisch“ bzw. deren Gegenteil? „Revisionismus“ will sagen, daß etwas „revidiert“, und das heißt in diesem Fall: in seinem Wesen verändert, entstellt wird. Der Gegenstand der behaupteten Revision ist der Marxismus-Leninismus. Der Revisionismus-Vorwurf setzt folglich ein einigermaßen heiles, ungestörtes Verhältnis zum Marxismus-Leninismus voraus. Wenn eine Organisation selbst derart stark und unüberschaubar in einer geistigen Umbruchphase steckt wie beispielsweise die KPD, wird der Revisionismus-Vorwurf zur bloßen Phrase. Die traditionelle Pose aus ML-

Zeiten, als verteidige man „die Lehre“ gegen ihre Verfälscher, ist, um ein Modewort zu gebrauchen, obsolet geworden. Im Übrigen ist die „Revisionismus-Kritik“ aller ML-Gruppen (der KB bildet dabei auch keine totale Ausnahme) in ihren wesentlichen Bestandteilen eine Reproduktion chinesischer Vorlagen. Insofern ist es intellektuell nicht gerade konsequent, einerseits die gesamte Politik der KP Chinas so pauschal auf den Müll zu werfen, wie es die KPD seit einer Reihe von Jahren tut, auf der anderen Seite aber an der von der KP Chinas vorgegebenen „Revisionismus-Kritik“ einfach als Traditionsstück festzuhalten, ohne sie gründlich im Licht der eigenen neuen Standpunkte zu überprüfen. Liest man den Aufsatz des KPD-Vorsitzenden Koch in der letzten Ausgabe der 'Beilage', so scheint uns die Abgrenzung zur DKP im Wesentlichen nur noch auf die kontroverse Einschätzung des „realen Sozialismus“ hinauszulaufen. Dann reduziert sich aber der Begriff „revolutionär“ genau besähen auf die Ablehnung des „realen Sozialismus“ als Herrschaft einer neuen Bourgeoisie, während er bezogen auf den Klassenkampf im eigenen Land kaum noch mehr ist als eine höfliche Phrase aus vergangenen Zeiten. Da aber genau dieser Punkt, nämlich die Einschätzung des „realen Sozialismus“, zum zentralen Differenzierungspunkt unter den Gruppen um die 'Beilage' zu werden scheint, ergibt sich aus unserer Sicht, daß mit dem Attribut „revolutionär“ in diesem Fall nichts Eindeutiges mehr auszusagen ist.

Dieser Exkurs ist keinesfalls ein Plädoyer für eine Einbeziehung der DKP in Zusammenschlußprojekte, sondern soll lediglich das JeKaMi-Prinzip kritisieren, mit dem hier unter einem relativ anspruchsvollen Titel wie dem der „revolutionären Sozialisten“ gesammelt werden soll. Das ist umso schlechter, wenn auch nachträglich nicht der Versuch gemacht wird, beispielsweise mit Hilfe der 'Beilage', streitend herauszufindeln, was unter den aktuellen Bedingungen mit dem Begriff „revolutionär“ gemeint ist oder gemeint sein könnte. Wie mensch beobachten kann-

te, sind zu einem Dialog über „revolutionäre Politik heute“ im Umkreis von Beilage/Volksfront noch nicht einmal Ansätze gemacht worden. Andere Themen schoben sich in den Vordergrund, die im Kreis darauf verweisen, daß hier nicht wesentlich mehr existiert als eine (nicht besonders breite) Aktionseinheit im gewerkschaftlichen und im antifaschistisch-demokratischen Bereich. Das ist nicht einmal wenig und vielleicht sogar das Maximum des heute Erreichbaren. Nur ergibt sich aus einer solchen Form der praktischen Zusammenarbeit und den bisherigen Inhalten der politisch-theoretischen Erörterungen noch keine Gemeinschaft „revolutionärer Sozialisten“. Einerseits ist die Zusammenfassung „revolutionärer Sozialisten“ für den gewerkschaftlichen und antifaschistisch-demokratischen Kampf ein allzu enger und sperriger Rahmen; andererseits geht aus dem gewerkschaftlichen und dem antifaschistisch-demokratischen Kampf keineswegs im Selbstlauf oder mit ein bißchen Nachhilfe der revolutionär-sozialistische Organisationsprozeß hervor. Aktionseinheit und sozialistische Parteibildung sind unterschiedliche Dinge (auch wenn zwischen ihnen selbstverständlich Zusammenhänge bestehen); wer das nicht klar auseinanderhält, wird in der AE-Politik zu sektiererisch und im Parteibildungsprozeß zu spontanistisch und orientierungslos agieren, wird also bei d e Zwecke verfehlen.

Wir werden im Weiteren den Begriff der „sozialistischen Kräfte“ gegenüber dem der „revolutionären Sozialisten“ bevorzugen, ohne behaupten zu wollen, damit sei per se Irgendetwas besser geklärt. Wir neigen trotz der auf der Hand liegenden Schwierigkeiten dazu, aus der anzustrebenden Debatte keine linke Kraft von vornherein wegen p o l i t i s c h e r Differenzen und Kontroversen auszuschließen. Wesentlich scheint uns im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung aber, wie weit Gruppen als diskussionsfähig anzusehen sind. Das grenzt, um es ganz klar zu sagen, unserem Verständnis nach auf jeden Fall die MLPD aus dem Prozeß aus, weil diese Gruppe sich in einer surrealistischen Traumwelt bewegt und offensichtlich bis heute nicht begriffen hat, was überhaupt eine Diskussion ist. (Eben weil die MLPD sich in einer Traumwelt bewegt, steht praktisch sowieso fest, daß sie sich an Parteibildungsprojekten nicht beteiligen wird. Im Interesse der eigenen Selbstachtung sollten Sozialisten diese Situation aber nicht durch Einladungen an die MLPD verzerren.)

Außer skeptisch sind wir auch, was Diskussionsperspektiven mit der DKP oder mit Teilen dieser Partei angeht. Zu behaupten, daß mit der DKP gar kein Dialog möglich oder sinnvoll oder zulässig sei, halten wir für sachlich falsch. Aber die Möglichkeiten sind immer noch begrenzt, und auf einen fairen Dialog sollte man nicht rechnen, zumal die DKP in absehbarer Zeit niemals aus dem engen Rahmen ausbrechen wird, der durch ihre bedingungslose Unterordnung unter die Vorgaben der SED und KPDSU abgesteckt ist. (Wir erwähnen dies nur um der prinzi-

piellen Klarheit unseres Standpunkts willen. Rein praktisch ist sowieso klar, daß ein Dialog mit der DKP weder von dieser noch von den „revolutionären Sozialisten“ gewünscht wird.)

### Parteibildung als „Wissenschaft“

Politik als „Wissenschaft“, als b e w u ß t e s Vorgehen auf Basis einer diskutierten, permanent überprüften und weiterentwickelten Analyse, ist in den vergangenen Jahren leider aus der Mode gekommen. Politik als „Wissenschaft“ verbindet sich heute (übrigens nicht v ö l l i g ohne Grund, wie uns in Erinnerung an rund ein Jahrzehnt ML-Politik scheint) mit dem Zerbild von den „geschulten Kadern“ ohne eigene Identität und mit einem Minimum persönlicher Bedürfnisse, die auf Welsung einer mit Personaldossiers und anderen Geheiminformationen wohlgeleiteten Zentrale manipulierend und Instrumentalisierend durch die jeweils in Konjunktur befindlichen sozialen und politischen Bewegungen wildern. Schon der kollektiv organisierte, kontinuierliche Erkenntnisprozeß macht sich hochgradig verdächtig; als vermeintlich positives Gegenmodell praktiziert vor allem die Grüne Partei einen Dilettantismus, der am liebsten jeden Tag erneut als intellektuelle Stunde Null beginnen möchte und von Strategie-Bildung nichts wissen will. (Daran ändert die sogenannte Professionalisierung kaum etwas, weil sie in erster Linie auf die Produktion von Fachidioten für den Parlamentsbetrieb abzielt, der politisch ungefähr so zweckmäßig ist wie die Touren eines Goldhamsters im Laufrad.)

Selbst im Glashaus mitsitzend, befürworten wir, systematisch, bewußt und wissenschaftlich an die Fragen der Zusammenführung der Sozialisten, letztlich auch an den Parteibildungsprozeß, heranzugehen. Das ist, um es zunächst in negativer Abgrenzung zu definieren, eine Absage an alle dem Spontaneismus entlehnten Theorien und Hypothesen, die auf irgendein Zusammenwachsen im Selbstlauf und ansonsten auf Abwarten setzen. Wenn wir die bisherige Debatte richtig verstanden haben, setzen die Genossinnen und Genossen des BWK (mit denen uns ansonsten eine ganze Menge gemeinsame Anschauungen verbinden) auf das Herauswachsen der sozialistischen Partei aus allerlei Aktionseinheiten, mit einer Betonung auf der Zusammenarbeit mit proletarischem Hintergrund und in überschaubaren (betrieblichen, örtlichen) Zusammenhängen. Von „Partei-kernen“ ist da (bezogen auf Aktionseinheiten, kommunale Wahlbündnisse u.ä.) die Rede, nicht aber vom b e w u ß t e n Beitrag der Sozialisten, um aus solchen aktionsbezogenen Bündnissen m e h r zu machen als Orte, wo sich Menschen treffen und irgendwann wieder auseinanderlaufen. Wir wollen hier nicht die Ober-Dogmatiker und allerletzten Mohlkäner spielen, aber wer irgendwann einmal Lenin über den Parteibildungsprozeß und die spezielle Rolle der sozialistischen Presse für diesen Prozeß gelesen hat, wird unge-

fähr ahnen, worauf wir hinauswollen. Das mag, nachdem einige Jahre lang die ganze ML-Szene sich ihren Lenin um die Ohren gehauen hat, heute alles nicht mehr so populär sein. Wir sagen sowieso nicht, daß das leninische Modell richtig sei, weil es von Lenin ist. Sondern wir halten es für richtig, weil es (in der Substanz, nicht in allen Einzelheiten) mit unseren eigenen Erfahrungen und Beobachtungen ganz gut zusammenpaßt. Diese Beobachtungen zeigen, wenn wir uns in der Interpretation nicht irren, daß mit Abwarten und züversichtlichem Vertrauen auf die spontanen Tendenzen „proletarischer Zusammenschlüsse“ und anderer Aktionseinheiten noch nie etwas für die Parteibildung zuwege gebracht wurde: aktionsbezogene Zusammenschlüsse tendieren zu konjunkturellem Verhalten und zum Stagnieren auf einem sich aus dem Aktionsgegenstand ergebenden politischen Niveau (Extrembeispiel: Minimalakonsens).

Parteibildung als „Wissenschaft“ heißt unserem Verständnis nach in erster Linie Organisierung von politisch-theoretischer Debatte. Diese Debatte müßte u.a. die Parteibildung selbst als Thema erhalten, also: Parteibildung wozu überhaupt? Und wenn ja, wie könnte mensch es am zweckmäßigsten anfangen? Daneben alle Fragen, die sich aus den Aktionseinheiten und Bewegungen als umstrittene Themen ergeben oder die wir selbst einen Meinungsstreit initiieren wollen. Sowie eine hier nicht aufzählende Menge von Fragen der aktuellen Politik, der Trennlinie zwischen den — unserem Verständnis nach — Sozialisten und a n d e r e n

Parteien/Gruppen/Strömungen mit ähnlichem Selbstverständnis, u.a.m. Also beispielsweise die Organisierung einer permanenten Auseinandersetzung mit der DKP, die letztlich die größte Herausforderung für einen sozialistischen Parteibildungsprozeß darstellt. (Da die DKP als Partei mit sozialistischem Anspruch und Selbstverständnis seit Jahren existiert, muß zwangsläufig jeder Parteibildungsversuch außerhalb der DKP sich in Abgrenzung von der DKP „rechtfertigen“ und abarbeiten.) Diese permanente Auseinandersetzung sollte weder abstrakt-programmatische Fragen (Stichworte des BWK (mit denen uns ansonsten eine ganze Menge gemeinsame Anschauungen verbinden) auf das Herauswachsen der sozialistischen Partei aus allerlei Aktionseinheiten, mit einer Betonung auf der Zusammenarbeit mit proletarischem Hintergrund und in überschaubaren (betrieblichen, örtlichen) Zusammenhängen. Von „Partei-kernen“ ist da (bezogen auf Aktionseinheiten, kommunale Wahlbündnisse u.ä.) die Rede, nicht aber vom b e w u ß t e n Beitrag der Sozialisten, um aus solchen aktionsbezogenen Bündnissen m e h r zu machen als Orte, wo sich Menschen treffen und irgendwann wieder auseinanderlaufen. Wir wollen hier nicht die Ober-Dogmatiker und allerletzten Mohlkäner spielen, aber wer irgendwann einmal Lenin über den Parteibildungsprozeß und die spezielle Rolle der sozialistischen Presse für diesen Prozeß gelesen hat, wird unge-

Diese politisch-theoretische Debatte unter den Sozialisten muß unserer Ansicht nach in der Hauptsache strittbar, und das heißt auch: tendenziell polarisierend, geführt werden, dabei jedoch unbedingt argumentativ und vorwiegend sachlich. Sie muß der Herausbildung einer Strömung dienen, die sich

von anderen Strömungen im linken Spektrum erkennenbar unterscheidet. Es wird also im ersten Stadium viel von dem die Rede sein müssen, was uns trennt — im Gegensatz zu Konzepten, die in der Hauptsache lieber „das Verbindende in den Vordergrund stellen“ wollen. Es ist in diesem Sinn, konkret bezogen auf den Kreis um Beilage/Volksfront, eine Debattenführung notwendig, die an die Stelle des bisherigen langwierigen, zaghaften Herumstocherns am Rand der Widersprüche tritt und die innerhalb von relativ wenigen Monaten Klarheit schafft, in welchem Rahmen man dann zielgerichtet weiter auf die sozialistischen Zusammenschluß hinarbeiten will, und vom wem man sich (vorerst?) verabschieden muß, um mit ihm zukünftig zwar in solidarischer Aktionsgemeinschaft, aber nicht mehr im Rahmen sozialistischer Parteibildung zu kooperieren. Die bisherige Vermengung der beiden Anliegen, gewerkschaftliche und antifaschistisch-demokratische Aktionseinheit einer-

### Eine Debatte, die nicht weiterführt

Was sich debattenmäßig bisher zwischen der Beilage/Volksfront-Gruppen abgespielt hat, ist unserem Einblick und Verständnis nach so ziemlich genau das Gegenteil dessen, was wir als Debatte für geboten halten. Zu dieser These einige begründende Ausführungen: In der KPD sind seit längerem zwei (in der Tendenz gleichlaufende) Prozesse im Gang. Der eine besteht in der Ablösung der Organisation vom eigenen dogmatischen Verständnis des Marxismus-Leninismus, wobei man ein ums andere Mal schon das Kind mit dem Bade ausgeschüttet ahnt. Der andere besteht in einer Geheimdiplomatie auf Spitzenebene mit der trotzkistischen GIM, was angesichts der extrem „stalinistischen“ Vergangenheit der KPD (die übrigens Stalins Kopf immer noch im Titel ihrer Zeitung mitführt) ein Kuriosum von kabarettistischen Dimensionen ist. Ziel dieser Geheimdiplomatie ist nicht weniger als eine organisatorische Fusion zwischen KPD und GIM — was anscheinend nicht auf einen speziellen Einfall der GIM, sondern auf eine allgemeine taktische Entscheidung der 4. Internationalen zurückzuführen ist. Wieweit in den beiden Organisationen auf Mitgliederebene und die von der GIM vorgeschlagene Fusion diskutiert wird, ist für Außenstehende nicht zu erkennen. In den Zeitungen beider Organisationen war bis heute (20.3.) kein Wort über den Vorschlag der GIM und über das Stattfinden von Verhandlungen, geschweige denn über deren Verlauf, zu lesen. (Der Vorschlag der GIM datiert vom Oktober 1984.)

Daß es in Sachen Dogmatismus bzw. Neu-Interpretation des Marxismus-Leninismus Debatten in der KPD gibt, kann das Publikum des „Roten Morgen“ immerhin in bescheidenem Umfang und Niveau der Leserbriefseite entnehmen. In erster Linie ist das bisher ein Platz, wo (angeblich unzensuriert) jeder eingehende Leserbrief werde abgedruckt) die „Dogmatiker“

seits, Parteibildung andererseits, kann dafür sicher nicht hilfreich sein, weil sie ein faktisches, opportunistisches Herangehen an die Debatte notwendigerweise hervorbringt, zumindest begünstigt.

Wenn wir die Darlegungen der Genossinnen und Genossen vom BWK richtig verstanden haben, so sind sie gegen eine auf Polarisierung angelegte Debattenführung gerade wegen der Erwartungen und Hoffnungen, die sie auf die naturwüchsigen Folgen einer möglichst immer enger werdenden praktischen Zusammenarbeit setzen. Ihnen möchten wir als Gegenargument sagen, daß unabhängig von Ihren eigenen Wünschen die Polarisierung und Herausbildung von separaten Strömungen (und Fusionen?) unter den Sozialisten sowieso gar nicht zu vermeiden ist und schon begonnen hat. Die Vorgänge in der KPD und zwischen KPD und GIM sind dafür das deutlichste Beispiel. Hier geht es nur noch darum, ob man in die Polarisierung selbst

eingreifen oder den Dingen ihren Lauf lassen will.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen: Die Überwindung der alten sektiererischen Abschottungen zwischen den sozialistischen Zirkeln, Gruppen und Organisationen stellt, vor allem in praktischer Hinsicht, zweifellos einen großen Fortschritt dar, der nicht aufgegeben werden sollte. Für sozialistische Parteibildung wird es aber ohne Neuformierung von differenzierten Strömungen nicht abgehen können. Dieser Tatsache trägt im Kreis um Beilage/Volksfront am klarsten die KPD Rechnung, wenn sie darauf verweist, daß ihre Positionen einerseits, die des BWK andererseits zum „realen Sozialismus“ in einem sozialistischen Organisationszusammenhang unvereinbar sind. (Es wäre allerdings sehr viel nützlicher, wenn die Differenzierung in erster Linie nicht ausgerechnet an dieser Frage, sondern an Problemen des politischen Kampfs im eigenen Land erfolgen würde.)

Organisationen und Strömungen womöglich entschieden wird, zum Gegenstand und zum Z e n t r u m öffentlicher Meinungsstreits zu machen. Wenn das so ist — und die Tatsachen scheinen uns völlig eindeutig — hat die „Beilage“ unserem Verständnis nach genau ihren wichtigsten Zweck total verfehlt.

Debatten z w i s c h e n den Organisationen finden immer noch vorwiegend episodisch, d.h. unsystematisch und somit wenig nutzbringend, statt. Konkretes Beispiel: Schreibt der BWK in den „Politischen Berichten“ etwas über Afghanistan, was der KPD nicht gefällt, so teilt diese im „Roten Morgen“ postwendend mit, der BWK habe eine Meinung geäußert, der man selbst nicht zustimme. Keine sehr interessante Mitteilung, zumal die Leser/der Leser vielleicht eben diese Lage der Dinge sowieso schon vorher vermutet hatte. Was hingegen nicht stattfindet, sind Versuche, den Einzelpunkt „Afghanistan“/„Äthiopien“ oder „Polen“ als T e i l einer umfassenderen Auseinandersetzung aufzunehmen, die im Z u s a m m e n h a n g die Anschauungen des BWK und der KPD beispielsweise zur sowjetischen Außenpolitik gegenüberstellt. Freilich, eine solche in größerem Zusammenhang argumentierende Debatte wird durch die nicht weniger episodische Weise, in der der BWK seine Anschauungen vorzugsweise zu erkennen gibt, nicht gerade leicht gemacht. Der KPD muß man aber wohl unterstellen, daß ihre vorherrschende Abstinenz, sich auf mehr als episodische Polemik einzulassen, nicht bloß im Verfahren des BWK begründet ist.

An der gemeinsamen „Beilage“, die doch eigentlich — falls wir die Intentionen richtig verstanden haben? — wesentlich ein Diskussionsforum und Debattenorgan hätte werden sollen, ist die skizzierte Entwicklung in der KPD t o t a l vorbeigelaufen. Das heißt: In der „Beilage“ werden im Wesentlichen Irgendwelche — mensch möge uns die Direktheit verzeihen — Schein-Debatten um Nebenfragen geführt, während die wirklich weichenstellenden Auseinandersetzungen nach wie vor an anderer Stelle, größtenteils noch nicht einmal in den öffentlichen Zeitschriften der einzelnen beteiligten Gruppen, stattfinden. Man hat sich offensichtlich immer noch nicht daran gewöhnt, gerade d i e Fragen, an denen über den weiteren Weg ganzer Or-

Eben wurden schon die Probleme angedeutet, die wir auch mit der Presse des BWK haben. In unseren bisherigen Gesprächen mit den Genossinnen und Genossen vom BWK ist deutlich geworden, daß zwischen uns sehr unter-

schiedliche, bisher nicht vermittelbare, Auffassungen darüber bestehen, wie politisch-theoretische Auseinandersetzungen zweckmäßigerweise aussehen sollte und was sie enthalten müßte. Unserem bisherigen Eindruck nach hält der BWK wenig davon, zentrale Probleme, die innerhalb der Linken umstritten sind oder um die gestritten werden müßte, herauszuarbeiten und dazu direkt und grundsätzlich Stellung zu beziehen. Der BWK bevorzugt, so scheint es jedenfalls uns, die Methode der indirekten Annäherung an die Themen. So etwa, indem er seine Anschauungen zu einer Sache einfach darlegt, ohne deutlich zu machen, wo gerade in diesen Anschauungen die Unterschiede zu denen anderer Linker/Sozialisten liegen. Oder indem er eine scheinbar nur referierende Abhandlung dazu benutzt, ein paar eigene Thesen halb versteckt einfließen zu lassen. Machen wir uns an einem konkreten Beispiel vielleicht verständlicher: Wir gewinnen in der Zusammenschau einer Reihe von Texten in den „Politischen Berichten“ der letzten Monate zunehmend den Eindruck, daß beim BWK ein letztlich wohl nicht unwichtiges Umdenken in der Einschätzung der Sowjetunion, hinsichtlich ihrer Innen- ebenso wie ihrer Außenpolitik, im Gange ist. Um dieses Umdenken aber zu begründen und diskutierbar zu machen, wäre es unserem Verständnis nach zweckmäßig und notwendig, direkt, offen und zusammenhängend die eigenen Erkenntnisprozesse und Überlegungen darzustellen und transparent zu machen. Hierüber ist für uns ein Überblick anhand der Einzeltexte in den „Politischen Berichten“ nicht zu gewinnen. In ähnlicher Weise hinterläßt z.B. ein Beitrag wie der in den PB vom 29.12.84, wo unter der Überschrift „Frontbildung gegen die Reaktion“ die Entwicklung der KP Italiens recht positiv und optimistisch eingeschätzt wurde, bei uns Ratlosigkeit hinsichtlich der Anschauungen und Intentionen der Autoren. Diese Ratlosigkeit wird noch gesteigert durch die Tatsache, daß innerhalb dieses Artikels kommentarlos (!) eine Erklärung der PdUP zum Wiedereintritt in die KPI dokumentiert wurde. Man könnte in Versuchung geraten, an diesen Artikel Spekulationen über hintergründige Absichten zu knüpfen, und gerade Mißverständnisse dieser Art sollten unserer Ansicht nach besser vermieden werden.

### Exkurs zur 'Volksfront'

Den öffentlichen und internen Texten des BWK ist zu entnehmen, daß für den sozialistischen Parteibildungsprozeß besonders großer Wert auf die sogenannte 'Volksfrontpolitik' gelegt wird: „Die proletarischen Revolutionäre treten sich in ihrer Volksfrontpolitik. Die Entwicklung der Volksfrontpolitik ist deswegen die Voraussetzung für die Entwicklung der proletarischen Partei zur handlungsfähigen Kraft.“ (PB, 23.2.85) In den Papieren zur DK des BWK (März d.J.) wird 'Volksfrontpolitik' als „Zentralfrage der Programmdiskussion“ hervorgehoben und umfangreich erörtert. Indessen fehlt es unserem Eindruck nach an der gebotenen begrifflichen und politischen Klarheit,

wie auch am Verständnis dessen, was Volksfrontpolitik vielleicht sein könnte und was sie andererseits sicher nicht sein könnte.

Beginnen wir bei der Klärung des Begriffs. Die Volksfrontpolitik im historischen Sinn war eine Reaktion der Kommunistischen Internationale auf den Machtantritt des Faschismus in Deutschland 1933, auf die schon ein Jahrzehnt vorher errichtete faschistische Diktatur in Italien und auf faschistische Gefahrenherde in anderen Teilen Europas. Im Zentrum stand die Bündnisbildung zwischen den 'Arbeiterparteien' einerseits (d.h. außer den Kommunisten auch die Sozialdemokraten und Sozialisten) und (klein-)bürgerlich-demokratischen Parteien andererseits. Volksfrontpolitik war also hinsichtlich der angestrebten Spektrumsbreite eine erhebliche Erweiterung gegenüber der in den 20er Jahren begründeten Einheitsfrontpolitik, die lediglich auf den Zusammenschluß der 'Arbeiterparteien' und -organisationen abgezielt hatte. Auf der anderen Seite beinhaltete Volksfrontpolitik in der Zielsetzung eine Reduzierung gegenüber der Einheitsfrontpolitik: hatte jene letztlich den Übergang zum Sozialismus einleiten und erleichtern sollen, so stand für diese die Abwehr bzw. Überwindung des Faschismus im Vordergrund.

In der Gegenwart hat der Begriff 'Volksfrontpolitik' jedoch einen entscheidenden Bedeutungswandel durchgemacht. Man erfährt, daß von der KPD (bzw. damals noch KPD/ML) eine Organisation mit dem Namen 'Volksfront' ins Leben gerufen wurde. Hauptzweck dieser Gründung war es, der KPD/ML als 'Massenorganisation' zu dienen, mit besonderem Blick auf die Beteiligung an Wahlen auf allen Ebenen. Pate stand bei diesem Experiment die UDP (Demokratische Volkseinheit), die 'Massenorganisation' der portugiesischen Schwesterpartei der KPD/ML, der PCPr; mit Hilfe der UDP hatte es die PCPr damals zu einem oder zwei Parlamentssitzen gebracht, allerdings ohne 5%-Klausel. Mit dem historischen Begriff hatte die 'Volksfront' der KPD absolut nichts zu tun. Allenfalls war sie eine Spekulation darauf, von der gerade damals auf ihrem Höhepunkt befindlichen Anti-'Volksfront'-Hetze der CDU/CSU (gerichtet in erster Linie gegen die SPD) ein bißchen Bekanntheitsgrad profitieren zu können.

Im weiteren Verlauf entwickelte sich die 'Volksfront' zu einem immer noch sehr eng an die KPD angelehnten und von ihr gesteuerten Verband mit einem klaren Schwerpunkt auf antifaschistisch-demokratische Aufgaben. Das änderte sich in doppelter Weise mit dem Eintritt von Mitgliedern des BWK und von Anarchisten in die 'Volksfront', sowie auf Grund der Krisenscheinungen der KPD: die 'Volksfront' ist heute sicher kein KPD-Parteiladen im früheren Sinn mehr, und ihre Aufgabenstellung läßt sich kaum noch eindeutig definieren. Nach Ansicht des BWK soll Inhalt der 'Volksfrontpolitik' nicht nur der antifaschistisch-demokratische

Kampf sein, sondern ebenso der „Kampf um materielle und rechtliche Mindestbedingungen“ der „arbeitenden Massen“, die „wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der arbeitenden Klassen“. Es geht, zusammenfassend, um ein „Kampfbündnis der lohnabhängigen und arbeitenden Klassen“ auf allen Sektoren des politischen und wirtschaftlichen Klassenkampfs (Beschluss der 4. DK des BWK, Mai 1984). Also nicht um Volksfront, sondern eher um das, was historisch unter dem Begriff der Einheitsfront gefaßt wurde.

Zusätzlich verwirrend ist, daß bei der vom BWK so genannten 'Volksfrontpolitik' einerseits an das angestrebte „Kampfbündnis“ der Werktätigen gedacht werden soll, andererseits aber zwangsläufig an die real existierende 'Volksfront' gedacht werden muß, die nichts weiter ist als ein Arbeitszusammenhang von „revolutionären Sozialisten“, und selbst unter diesen nur von einem (vermutlich minoritären?) Teil. So oder so müßte unserem Polittikverständnis nach die längst überfällige Aufgabe des historischen falschen Schwindeltitels 'Volksfront' die erste Voraussetzung für alle weiteren denkbaren Schritte sein. Zweitens wäre zu klären, daß die vom BWK sogenannte 'Volksfrontpolitik' mit dieser im historischen Sinn kaum etwas zu tun hat, zumal der BWK bisher die Frage einer sozialistischen Bündnispolitik gegenüber den Grünen und der SPD noch gar nicht wirklich erörtert hat. Und drittens sehen wir im Verständnis des BWK von 'Volksfrontpolitik' ein Weiterwirken von KBW-Traditionen, nämlich den Irrtum, daß es bei der „proletarischen Frontbildung“ nicht so sehr auf den realen Zusammenschluß der Massen ankommt, sondern auf die von den Sozialisten durch Rechnen, Analysieren und Nachdenken herauszufindenden „richtigen Forderungen, unter denen sich die Massen zusammenschließen können“. Viertens scheint hinter dem Verständnis des BWK von 'Volksfrontpolitik' die unserer Ansicht nach falsche Anschauung zu stehen, daß die sozialistische Partei in irgendeiner Weise aus dem Zusammenschluß von Sektoren der „lohnabhängigen und arbeitenden Klassen“ für ihre unmittelbaren Interessen herauswachsen könnte.

### Was nötig wäre

Wie sich aus dem bisher Gesagten ergibt, halten wir die Schaffung eines gemeinsamen Diskussions- und Informationsforums sozialistischer Gruppen (als Ausgangspunkt wären die Gruppen um Bellige/Volksfront plus KBV vermutlich eine brauchbare Basis) für den zentralen Schritt zu einer Zusammenführung sozialistischer Kräfte. Ob dafür die Form der Bellige passend ist oder eine separate theoretische Zeitschrift zweckmäßiger wäre, oder ob gelegentlich auch Zusammenstellungen nur für den internen Gebrauch zwischen den beteiligten Gruppen gemacht werden sollten, müßte geprüft und gemeinsam entschieden werden. Die hier vorgeschlagene Zeitschrift hätte in erster Linie folgende Aufga-

ben: 1. Vermittlung bisher weitgehend innerorganisatorisch abgelaufener Diskussionsprozesse untereinander. Also Transparenz von bisher zumeist intern gehaltenen Meinungskämpfen und Standort-Neubestimmungen. Öffnung solcher Debatten für Stellungnahmen anderer Gruppen. Austausch der internen Diskussions- und Informationsblätter. Auseinandersetzungen auch quer durch die bestehenden Gruppen, statt immer nur „im eigenen Haus“. Es gibt in der kommunistischen Bewegung eine schlechte Tradition, innere Auseinandersetzungen nach außen hin so dicht wie möglich abzuschotten. Mit Konspirationsbedürfnissen, die zumeist als Ausrede herhalten müssen, läßt sich das nicht erklären; eher schon geht es um verkochte Leitungsmethoden und falsche Avantgardevorstellungen. (Motto: „Jungen weichen nicht, und die Avantgarde streitet sich nicht in der Öffentlichkeit.“) Angenehm würden die Arbeiter, die ohnehin nur einen geringen Prozentsatz des Publikums der sozialistischen Presse ausmachen, sonst pikiert sein.) Sicher kann umfangmäßig eine gemeinsame Publikation nicht separate Organe wie org-eigene Theorieblätter oder interne Rundbriefe völlig ersetzen; sie könnte aber bei gutem Willen der Beteiligten und nach einer gewissen Anlaufzeit das Wesentliche auch aus den org-eigenen Publikationen herausholen und in konzentrierter Form an die sozialistische Öffentlichkeit tragen.

2. Eine gemeinsame Publikation könnte Informationen von org-übergreifendem Interesse bündeln. Beispielsweise: zu welchen Themen finden in welchen Organisationen Untersuchungsarbeiten statt? Vermittlung von Konzepten und Strukturen für solche Untersuchungsarbeiten. Hinweis auf Arbeitspapiere zu einzelnen Themen (unter Umständen Zusammenfassung solcher Papiere, in Einzelfällen auch Abdruck). Seminare und Veranstaltungen.

3. Organisation einer Debatte um zentrale Fragen sozialistischer Politik. Zweck dieser Debatte müßte in erster Linie sein, die Differenzen zwischen den Beteiligten so eindeutig herauszuarbeiten. Es müßte direkt und offen auf diesen Zweck hin gearbeitet werden. Das schließt auf der einen Seite taktisches Umgehen miteinander aus. Es schließt aber auf der anderen Seite auch jene Sorte von Polemik aus, die nur zum Selbstzweck betrieben wird. Die sich also beispielsweise an Irgendwem vielleicht nur mißverständlichen Satz festbeißt und daran wild herumturnt, ohne sich überhaupt darum zu kümmern, was insgesamt gemeint ist und wie der Standpunkt der „Gegenseite“ in dieser Sache wirklich aussieht. Nach unseren bisherigen Erfahrungen möchten wir behaupten, daß der Organisation gerade einer solchen Debatte, wie wir sie hier vorschlagen, noch große Schwierigkeiten im Wege stehen werden, weil sie in jeder Hinsicht einen Bruch mit den alten, ausgelatschten Gewohnheiten bedeuten würde. 4. Nach Außen und Innen gleichzeitig gerichtet Diskussion über Fragen der politischen und sozialen Bewegungen.

Beispielsweise Stellungnahmen zur Orientierungssuche der Friedensbewegung, zur Rolle der Genfer Verhandlungen, zur Frage des Minimalkonsens, zu den kontroversen Ansichten über eine Kampagne für den NATO-Austritt der BRD, u.a.m.

Wir gehen davon aus, daß am Anfang eines Zusammenführungsprozesses der Sozialisten Fragen der Selbstverständigung (Punkt 3) im Vordergrund stehen sollten; längerfristig allerdings sollte das Hauptgewicht auf der unter Punkt 4 angesprochenen Aufgabe liegen.

Zentrale Themen einer Selbstverständigungs-Debatte sozialistischer Kräfte könnten sein: a) Alle Fragen, die unser Verhältnis zur Geschichte der kommunistischen Bewegung berühren, unter der allgemeinen Fragestellung: Auf welche Traditionen wollen wir uns beziehen, welche betrachten wir als eher zeitgebunden und welche nicht mehr anwendbar, und welche betrachten wir per se (d.h. in ihrem eigenen historischen Kontext) als falsch. Stichworte: Ausgewählte Komplexe aus der Geschichte der KPD (Einheitsfrontpolitik, RGO-Politik, Sozialfaschismus, Bolschewisierung); sozialistischer Aufbau in der Sowjetunion, „Stalinismus“; Kritik Trotzki an der Entwicklung der SU und der Kommintern, und umgekehrt Kritik an den Anschauungen Trotzki's; Volksfrontpolitik. b) Aufarbeitung der Rolle der KP Chinas für die westeuropäische „neue Linke“, speziell die ML-Bewegung. Stichworte: Mao und der Marxismus-Leninismus — Neuerer, Klassiker, chinesischer Bauernrevolutionär oder Abweichele?; die chinesische Revisionismuskritik — was war richtig, was war falsch? (Hierzu gibt es bereits einen Diskussionsbeitrag des BWK); die Kulturrevolution; die Entwicklung seit 1976. c) Die heutige Sowjetunion, Innen- und Außenpolitik. d) Internationale Lage und Aufgaben der Sozialisten. Beispielsweise: Wer ist der „Hauptfeind“; wo ist unser Standort im bzw. gegenüber dem Vierack USA-Europa/Japan-Sowjetunion/RGW-China? Von wem/wodurch geht die Kriegsgefahr aus? Wird die BRD von der Sowjetunion bedroht, oder ist es umgekehrt so, daß Sozialisten die Sowjetunion gegen die Bedrohung durch die imperialistische Kriegscoalition verteidigen müßten? Ist der im Volk weit verbreitete Antikommunismus im Wesentlichen nur ein fehlgeleiteter „Anti-Revisionismus“, also eigentlich eine passable Ausgangsposition für die Propaganda der Sozialisten gegenüber SU, DDR usw.? e) Parteilaufbau der Sozialisten. Wer mit wem? Auf welchen Grundlagen? f) Verhältnis der Sozialisten zu Grünen, DKP, SPD — insbesondere an praktischen Kontroversen aus den politischen und wirtschaftlichen Bewegungen. Einschaltung der Sozialisten in die Debatte um „rot-grüne“ Regierungsbündnisse. Sind sie zweckmäßig? Wenn ja, unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen? Oder beispielsweise: programmatische Debatten bei den GRÜNEN — Bahro, Trampert/Ebermann, Faschismus-Diskussionen bei den GRÜNEN (Stichwort: wieviel „Grün“ war im „Braun“ und wieviel „Braun“ ist

heute im „Grün“?) f) Aufarbeitung und Einschätzung wichtiger Aspekte bürgerlicher Politik. Stichworte: Faschisierung, faschistische Gefahr, „Wende“, Neokonservatismus, Schlesier-Debatte u.a. g) Aufgaben der Sozialisten im Verhältnis zur Arbeiterklasse/Arbeiterbewegung. (Diese Aufzählung hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit; die Reihenfolge impliziert keine Wertung der Bedeutung der einzelnen Punkte).

Hamburg, 20.3.85